

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/1768 —

Einführung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge

A. Problem

Um die Schadstoffe in den Kraftfahrzeugabgasen verbindlich durch die nach dem Stand der Technik wirkungsvollsten Methoden nachhaltig zu vermindern, soll die Bundesregierung zur Durchführung zusätzlicher Maßnahmen zur Einführung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge aufgefordert werden. Diese betreffen zum einen die EG-weite verbindliche Einführung der verschärften Abgasgrenzwerte nach dem Stand der Technik zum 1. Januar 1986, eine entsprechende nationale Regelung von diesem Zeitpunkt an und entsprechende Vereinbarungen mit einzelnen anderen europäischen Staaten, falls eine derartige EG-weite Mitwirkung ab 1. Januar 1986 nicht erreichbar ist. Bis zur verpflichtenden Einführung der verschärften Abgasgrenzwerte soll die Anschaffung umweltfreundlicher Kraftfahrzeuge durch finanzielle Anreize gefördert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternativen

Die Oppositionsfraktionen bestehen auf Annahme des Antrags.

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 10/1768 — abzulehnen.

Bonn, den 23. Oktober 1985

Der Innenausschuß

Dr. Wernitz	Schmidbauer	Duve
Vorsitzender	Berichterstatler	

Bericht der Abgeordneten Schmidbauer und Duve

Der Antrag der Fraktion der SPD wurde in der 83. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. September 1984 an den Innenausschuß federführend sowie an den Finanzausschuß, den Wirtschaftsausschuß, den Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit und den Ausschuß für Verkehr zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner Stellungnahme vom 14. November 1984 mit Mehrheit bei Enthaltung seitens der Fraktion DIE GRÜNEN vorgeschlagen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der Ausschuß für Verkehr hat — ebenfalls am 14. November 1984 — mehrheitlich eine Stellungnahme beschlossen, wonach die Bundesregierung durch die Vorlage der 11. und 12. Änderungsverordnung zur Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung den umweltpolitischen Belangen voll Rechnung getragen habe, soweit dies rechtlich, technisch und wirtschaftlich möglich und europapolitisch durchsetzbar sei. Verhandlungen über eine EG-einheitliche Regelung und über finanzielle Anreize zum vorzeitigen Kauf von Katalysatorfahrzeugen seien eingeleitet. Ein zusätzlicher Handlungsbedarf bestehe im Augenblick nicht. Der Verkehrsausschuß betrachte daher den Antrag in Drucksache 10/1768 als erledigt.

Der Innenausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 12. Dezember 1984 beraten und unter dem Vorbehalt der noch ausstehenden mitberatenden

Stellungnahmen des Finanzausschusses und des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit mehrheitlich seitens der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschlossen, den Antrag abzulehnen. Der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit und der Finanzausschuß haben jeweils in ihren Stellungnahmen vom 15. Januar 1985 und vom 17. April 1985 mit Mehrheit seitens der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen, so daß auf einen Wiedereintritt in die Beratungen verzichtet werden konnte.

Seitens der Koalitionsfraktionen war die Ablehnung des Antrags damit begründet worden, daß dieser im wesentlichen keine über die seitens der Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung eingeleiteten und vorgesehenen Maßnahmen hinausgehende Vorschläge enthalte. Der Antrag sei daher durch die Beschlußlage bereits überholt.

Seitens der Fraktion der SPD war hervorgehoben worden, daß diese bei der Forderung nach Einführung der entsprechenden Maßnahmen zum 1. Januar 1986 und bei der Forderung nach einem nationalen Alleingang bleibe. In bezug auf diese beiden Forderungen sei der Antrag noch nicht erledigt. Von daher war unter Bezugnahme auf die zu dieser Problematik bereits im Rahmen der Beratungen früherer Vorlagen ausgetauschten Argumente seitens der Fraktion der SPD beantragt worden, der Vorlage zuzustimmen.

Bonn, den 23. Oktober 1985

Schmidbauer Duve

Berichterstatter

